

Studie zu Kohlekraftwerk Lubmin
Verheerende Folgen für den Bodden

• **Einleitungen stören Natur der Küstenlinien** • **Heringsbestände bedroht** • **Umweltgifte im Umkreis von 100 Kilometern**

Schwerin (OZ) Dramatische Veränderungen der Küstenlinie, drastischer Rückgang von Fischarten, verheerende Folgen für das Öko-Gleichgewicht: Das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin führt zu irreparablen Schäden in Natur und Umwelt. Zu diesem Ergebnis kommt eine bislang unveröffentlichte Analyse des Biologen Dr. Günther Vater, die der OSTSEE-ZEITUNG vorliegt.

Nach Berechnungen des ehemaligen Greifswalder Uni-Dozenten bringt vor allem das Einleiten von Kühlwasser aus den zwei 800-Megawatt-Blöcken des Kohlemeilers unkalkulierbare Risiken mit sich. So sei vorgesehen, 325 000 Tonnen Wasser pro Stunde mit einer Temperaturerhöhung von acht Grad Celsius ins Becken des Industriefhafens zu leiten. Die Kühlwasserfahne wäre 2800 Hektar groß. Vater: „Bereits geringfügige Temperaturerhöhungen von ein bis zwei Grad können zum Aussterben ganzer Tierarten führen.“ Von den 48 im Greifswalder Bodden ansässigen Fischarten würden besonders die Heringsbestände bedroht, die dort ihr bedeutendstes Laichgebiet hätten.

Laut Studie werden die Einleitungen auch die natürliche Entwicklung der Küstenlinie unterbrechen.

Sedimentablagerungen zerstörten das Gleichgewicht in den empfindlichen Ökozonen des Boddens. Bereits Mitte Juni hatte eine Studie der Technischen Universität Berlin für Störfeuer gegen das 1,6-Milliarden-Euro-Projekt des dänischen Stromkonzerns Dong gesorgt. Die Experten kamen zu dem Ergebnis, dass das Kraftwerk mit einem Ausstoß von bis zu zehn Millionen Tonnen Kohlendioxid sowie hochgiftigem Arsen, Blei, Kadmium und Quecksilber noch in einem Umkreis von 100 Kilometern die Gesundheit von Mensch und Umwelt schädigt.

Laut Wolfgang Methling, Chef der Linksfraktion im Landtag, würde der geplante Bau des Kohlekraftwerks zudem den Kohlendioxid-Ausstoß in MV mit einem Schlag verdoppeln. Das Land sei nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm aber gefordert, die CO₂-Emissionen zu senken.

Während Hamburg bereits einen umfangreichen Aktionsplan zum Klimaschutz vorlegte, hinkt MV laut Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) hinterher. Doch das Land winkt ab: „Wir sind gegen Aktionismus“, sagte ein Sprecher von Wirtschaftsminister Jürgen Seidel (CDU). Einen konkreten Plan zur Reduzierung der Treibhausgase gebe es nicht. Erst im Herbst wolle das Kabinett seine Strategie festlegen. Laut Seidel, der den Bau des Kohlemeilers trotz aller Kritik verteidigt, hat MV im Bereich Klimaschutz schon jetzt einiges vorzuweisen. So habe der Anteil erneuerbarer Energien bei der Stromerzeugung 2006 bei 32 Prozent gelegen – dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Dem BUND ist das nicht genug: „Wir fordern einen Aktionsplan mit Sofortmaßnahmen“, erklärte Landesgeschäftsführerin Corinna Cwielag. Andernfalls sei das ehrgeizige Klimaziel der Bundesregierung, den Kohlendioxidausstoß bis 2020 um jährlich 20 Millionen Tonnen zu reduzieren, nicht erreichbar.

ELKE EHLERS und JÖRG KÖPKE

Klimaschutz in MV

Für die Katz'

Von Aktionismus kann kaum die Rede sein, wenn Wissenschaftler versuchen, mit belastbaren Fakten die ökologischen Belastungen eines geplanten Steinkohlekraftwerkes zu erheben und darzustellen. Das jüngste Gutachten des Greifswalder Biologen Dr. Günther Vater untermauert bereits vorliegende Ergebnisse ähnlicher Untersuchungen. Demnach soll der vom dänischen Stromkonzern Dong Energy geplante Kraftwerksneubau in Lubmin bei Greifswald der Umwelt erheblich zusetzen. Die Schadstoffemissionen im Land würden sich gegenüber dem Ist-Niveau verdoppeln.

Das passt nicht zusammen mit den ehrgeizigen Plänen aus Schwerin, in Mecklenburg-Vorpommern bis 2020 mehr Strom aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen, als das Land insgesamt verbraucht. Visionäre und praktische Politik der Landesregierung klaffen meilenweit auseinander. Das Argument von Wirtschaftsminister Jürgen Seidel, es würden 140 neue Jobs entstehen, ehrt den Minister in seinem Bestreben, Arbeit im Land anzusiedeln. Aber im Fall des Steinkohlekraftwerks steht die Zeche, die wir alle dafür zahlen, in keinem Verhältnis dazu.

Dieser Widerspruch untergräbt zudem die Glaubwürdigkeit der Landespolitiker in punkto Umweltschutz. Alle Rede vom Gesundheitsland und dem Land der erneuerbaren Energien ist für die Katz', wird der Bau des Kohlekraftwerks durchgezogen.

THOMAS SCHWANDT

Kraftwerk kippt Öko-Pläne

Im Herbst soll das Energiekonzept 2020 für MV vorgestellt werden. Andere reagieren schneller: Nach dem G8-Gipfel hat Hamburg sein Klimakonzept bereits aktualisiert.

Schwerin (OZ) „Klimaschutz darf in Mecklenburg-Vorpommern nicht die berüchtigten 100 Jahre später kommen, dafür reicht die Zeit nicht.“ Leidenschaftlich appelliert Corinna Cwielag vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) an die Landespolitik, einen Aktionsplan zur Reduzierung der Treibhausgase aufzustellen. Schon in den kommenden 50 Jahren muss es nach Angaben von Klimaexperten gelingen, die Treibhausgase um die Hälfte zu reduzieren, um klimatische Veränderungen auf der Erde aufzuhalten.

„Dass das Schweriner Wirtschaftsministerium im August auf der Landes-Klimakonferenz in Wietow mitteilte, sich zum Klimaschutz mehr Gedanken zu machen, kommt für das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin zu spät“, ärgert sich die Umweltschützerin. Dessen Genehmigungsvorgang gehe „ungebremst weiter“. Dabei habe eine Greenpeace-Studie zum vorgesehenen Neubau eines Braunkohlekraftwerks in Nordrhein-Westfalen bewiesen, dass sogar ein 2000-Megawatt-Kraftwerk durch erneuerbare Energien zu ersetzen sei.

Für den Ausbau der Alternativ-Energien gibt es in MV große Pläne. Sechs Offshore-Windparks sind geplant, durch sie würde die Stromproduktion aus Windenergie von derzeit 2000 Gigawattstunden (GWh) auf das Sechsfache steigen. Allein die Windparks auf See sollen mehr Strom erzeugen, als das Bundesland verbraucht. „Insofern ist das Steinkohlekraftwerk in Lubmin völlig unnötig“, meint Umweltexpertin Cwielag.

Wichtig sind nach Auffassung des BUND „Sofortmaßnahmen in der Verkehrspolitik“. Während Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) prüfen lässt, ob ein generelles Tempolimit auf Autobahnen im Nachbarland in Betracht kommt und die Stadt Lübeck bereits mehrere autofreie Sonntage ankündigte, steuert man in MV in entgegengesetzte Richtung. „Auf der A20 wurde stattdessen auf einem Teilabschnitt an der Westgrenze des Landes die Höchstgeschwindigkeit wieder aufgehoben. Konsequenter Klimaschutz verlangt ein Tempolimit“, sagt Cwielag. Das koste nichts, reduziere aber die Treibhausgas-Emissionen sofort.

Umweltminister Till Backhaus (SPD) hält autofreie Wochenenden im Tourismusland MV für schwierig. „Wir sollten niemanden ausgrenzen.“ Backhaus empfiehlt ein anderes Projekt: Die Kommunen sollen sich selbst mit Strom versorgen. Ihm schwebt ein Wettbewerb „Energieautarke Kommune“ vor. Ob Erdwärme, Biogas oder Wind – es gebe viele Möglichkeiten.

Schwerins Wirtschaftsministerium spricht beim Klimaschutz am liebsten über Erfolge: Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung liegt mit 32 Prozent drei Mal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Der Ausstoß von Kohlendioxid beträgt 10,5 Millionen Tonnen pro Jahr. „Das Land hält die Emissionen trotz steigenden Energieverbrauchs stabil“, lobt Wirtschaftsminister Seidel (CDU). In Arbeit sei das Konzept „EnergieLand 2020“, das auch die Strategie für die Klimapolitik festlegen soll. Im Herbst wolle das Kabinett damit in die öffentliche Diskussion gehen. Laut Seidel werde MV bis 2020 mehr Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugen, als insgesamt im Land verbraucht wird.

Ex-Umweltminister Wolfgang Methling (Linke) hält dagegen, dass ein Kohlekraftwerk in Lubmin alle bisherigen Anstrengungen zur CO₂-Verringerung mit einem Schlag zunichte machen würde. „Die Investoren geben zu, dass das Werk zehn Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen würde.“

Ganz andere Töne hört man in Hamburg. Die Hansestadt will ihre Kohlendioxid-Emissionen schon bis 2012 um 25 Prozent senken. Als erstes Bundesland hat Hamburg nach dem G8-Gipfel sein Klimaschutzprogramm aktualisiert und 170 Einzelmaßnahmen beschlossen. 25 Millionen Euro stellt der Senat als Anschubfinanzierung zur Verfügung. So sollen die Behörden ihren Stromverbrauch auf Ökostrom umstellen und Solarkollektoren auf den Dächern öffentlicher Gebäude aufstellen – durchaus beispielhaft für MV.

ELKE EHLERS

OSTSEE-ZEITUNG

Mittwoch, 29. August 2007 | Aus der Nachbarschaft

Bodden soll Salz aufnehmen

Der Bodden ist ein mehrfach geschütztes Gewässer. Dennoch sollen Millionen Kubikmeter Salz eingespült werden. Da ist Vorsicht geboten.

Moeckow Fast 18 Millionen Tonnen Salz will das Oldenburger Energieunternehmen EWE zwischen Moeckow und Wrangelsburg ausspülen, um in den entstehenden Kavernen Erdgas zu lagern. Dank der 150-Millionen-Euro Investition können Schwankungen im Verbrauch ausgeglichen werden. Wenn die Eignung des Salzstocks bewiesen ist, soll 2008 mit der Schaffung des Speichers begonnen werden. Das dauert etwa ein Jahrzehnt. 2010 müssten die ersten Kavernen nutzbar sein, denn dann soll per Pipeline russisches Erdgas in Lubmin ankommen. Der Bereich zwischen Moeckow und Wrangelsburg ist der einzige Standort in MV, der für so einen Speicher in Frage kommt, erläutert der zuständige Dezernent im Greifswalder Amt für Raumordnung und Landesplanung, Günter Krüger. In Deutschland gebe es 43. Ein knappes Gut also.

Millionen Kubikmeter 30-prozentige Sole sollen in den Bodden - ein mehrfach wegen seiner Naturlausstattung geschütztes Gewässer - geleitet werden. Die Greifswalder Zoologin Dr. Christiane Fenske gehört zu denen, die sich große Sorgen um die Folgen einer Einleitung in den Bodden machen. Vierow, Lubmin, Trassenheide und Peenemünde sind im Gespräch. Für die Entnahme der gewaltigen Mengen Frischwasser kommen beispielsweise Peene oder Lubminer Auslaufkanal in Betracht.

Auf Brackwasser (im Bodden 7 bis 8 Promille) spezialisierte Tiere könnten möglicherweise in einem größeren Bereich um die Einleitungsstelle nicht überleben, so Dr. Fenske. Gleiches gilt für Süßwasserlebewesen, die sich an den Salzgehalt angepasst haben. „Allergrößte Vorsicht ist geboten“, betont die Zoologin.

„Alle Seiten haben einen Anspruch auf Fairness“, stellt Günter Krüger fest. „Die Bewertung muss objektiv und unabhängig erfolgen.“ Noch wisse man viel zu wenig, darum würden namhafte Büros Gutachten zu den Auswirkungen erstellen. Unter anderem werde ein Strömungsmodell für die Ausbreitung der 30-prozentigen Sole erarbeitet.

Und ohne Raumordnungsverfahren läuft nichts, wann das beginnt, sei derzeit nicht abschätzbar. Im Verlauf des Verfahrens sind die Auswirkungen, wie die auf Flora und Fauna, auf Klima, Luft, Verkehr und Landschaftsbild zu beurteilen. Ebenso die auf den Fremdenverkehr, die Fischerei, die Erwerbsmöglichkeiten der Menschen. Erst dann lässt sich entscheiden, ob die Schaffung der Speicher überhaupt machbar ist. „Wir legen dafür die Maximalwirkung zugrunde“, so Günter Krüger. „Wie lange das Verfahren dauert, hängt davon ab, wann vollständige Unterlagen vorliegen.“

ECKHARD OBERDÖRFER

Mittwoch, 29. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Gabriel warnt vor Scheitern des Ostsee-Aktionsplans

Berlin (dpa) Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) hat vor einem Scheitern des geplanten internationalen Aktionsplans zum Schutz der Ostsee gewarnt. „Wir stehen an einem Scheideweg, was die Zukunft unserer Meere angeht“, sagte Gabriel gestern in Berlin auf einer Konferenz mit rund 200 Abgeordneten aus Ostsee-Anrainerländern. Falls der „Baltic Sea Action Plan“ („Ostsee-Aktionsplan“) nicht zustandekomme, würde dies das Ende der Zusammenarbeit zum regionalen Meeresschutz in Europa bedeuten. Der Plan soll im November bei einem Ministertreffen in Warschau beschlossen werden.

Ziel ist es, die ökologische Sanierung der Ostsee weiter voranzubringen und den Ostsee-Raum damit zu einer „Modellregion“ für Europa zu machen. Dabei geht es unter anderem darum, die Einleitung von Schadstoffen zu beenden, alte Schadstoffe aus dem Meer zu entfernen, bestehende Lebensräume zu schützen und die Schifffahrt sicherer zu machen.

Mit Blick auf den Klimawandel sagte Gabriel, der derzeitige Zustand der Meere bereite große Sorgen. Wegen der Überfischung und der Entsorgung von Abwässern und Abfällen bestünde die Gefahr, dass Mitte des 21. Jahrhunderts nirgendwo auf der Welt mehr kommerzieller Fischfang möglich sei.